



Antragsteller:
Fraktion Grüne/B90; DIE LINKE/ Die Partei

Datum: 09.03.2020

öffentlich nichtöffentlich

Beratungsfolge	Empfehlung/Entscheidung			Sitzungstermin
	Annahme	Ablehnung	Verweis in:	
Fachausschuss				
Kreistag				23.03.2020

Betreff: Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen aus Lagern in Griechenland

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landrat wird beauftragt, zu prüfen, wie viele Kinder und Jugendliche in den Jugendhilfeeinrichtungen und/oder in Pflegefamilien im Havelland aufgenommen werden können. Der Landkreis erklärt seine Bereitschaft, unbegleitete geflüchtete Minderjährige aus Griechenland im Havelland entsprechend der festgestellten Kapazitäten aufzunehmen und setzt damit ein Zeichen humanitärer Hilfsbereitschaft. Der Landrat wird außerdem beauftragt, hierzu konkrete Gespräche mit dem Land Brandenburg aufzunehmen und die Bedingungen für die Aufnahme zu klären.

Sachverhalt/Begründung:

Die Situation für Flüchtlinge in Griechenland ist katastrophal. Zehntausende Menschen harren auf den Inseln unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen aus. So ist das Lager Moira auf Lesbos für 2.800 Personen ausgelegt. Aktuell sind dort aber circa 20.000 Menschen untergebracht. Insgesamt leben circa 40.000 Geflüchtete in Griechenland. Davon sind ca. 4.000 unbegleitete Kinder und Jugendliche, die allein geflohen sind, mit Verwandten oder Nachbarn mitgeschickt wurden oder die von ihren Familien getrennt wurden. Sie sind auf sich allein gestellt. Viele von ihnen leben schutzlos in Zelten oder auf der Straße. Der Zugang zu Betreuung, Bildung und notwendiger (medizinischer) Versorgung bleibt vielfach verwehrt. Sie sind Gewalt und sexuellen Übergriffen ausgesetzt. Diese Situation verletzt in einem massiven, teils lebensbedrohlichen Ausmaß die Rechte der Kinder und Jugendlichen.

Die griechische Regierung ruft immer wieder nach Unterstützung. Auch zahlreiche NGO's, die in

den Lagern aktiv sind, fordern immer wieder, diese humanitäre Katastrophe zu beenden. Die EU-Kommission hat Deutschland und andere EU-Länder aufgefordert unbegleitete Jugendliche aus den Lagern aufzunehmen. Die Bundesregierung lehnt dies bislang ab.

Trotzdem haben sich in Deutschland Städte, Landkreise und Bundesländer bereit erklärt, minderjährige Geflüchtete aufzunehmen. In Brandenburg haben sich unter anderem die Städte Potsdam und Frankfurt/ Oder dazu bekannt. Brandenburgs Integrationsministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) begrüßte die Initiative.

Auch der Landkreis Havelland sollte sich zu dieser humanitären Verpflichtung bekennen. Wir haben gut funktionierende Willkommensinitiativen und die Integration von Geflüchteten seit 2015 mit vielen Erfolgen immer wieder bewiesen. Familien aus dem Umfeld der Initiativen stehen mit Erfahrung für diese Herausforderung als Pflegefamilie bereit.